



Sichere Zukunft für das Schaeffler-Werk Gunzenhausen!

Unternehmen lehnt Vorschläge von Belegschaft und IG Metall ab

Seit mehreren Jahren werden im profitablen Schaeffler-Werk Gunzenhausen Arbeitsplätze abgebaut. Maschinen und Produkte gehen nach Portugal etc. Neue Produkte und Investitionen bleiben aus. Die Federbeinmontage ist nach Elfershausen verlegt. Nur durch die aktuelle Hochkonjunktur und durch die hohe Qualität der Arbeit in Gunzenhausen ist der Arbeitsplatzabbau noch nicht dramatisch.

Betriebsratsvorsitzender Hermann Beißer: „Die Belegschaft ist in großer Unsicherheit. Viele haben Angst, dass das Werk nicht mehr lange überlebt.“

Auf Initiative des Betriebsrates wurden deshalb die Gespräche zwischen der IG Metall und dem Unternehmen aufgenommen. IG Metall und die Werkleitung vereinbarten im Dezember 2006 Verhandlungen zur Standortsicherung auf Basis

1. eines Kurzgutachtens zu den Chancen des Werkes,
2. eines Standortkonzepts der Werkleitung und
3. einer Entscheidung der IG Metall und ihrer Mitglieder über einen Arbeitnehmerbeitrag.

Die Regelung für das Schaeffler-Werk Ingolstadt hat gezeigt, dass die IG Metall und ihre Mitglieder zu langfristigen, fairen Vereinbarungen zur Sicherung der Arbeitsplätze bereit sind. Aber die Werkleitung in Gunzenhausen hat überraschend und ohne Begründung einen Rückzug gemacht und

bis heute kein Standortkonzept vorgelegt. Um die Blockade zu überwinden, hat die IG Metall dann einen eigenen Vorschlag für ein faires Abkommen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Sicherung der Beschäftigung eingebracht. Die IG Metall zeigte sich auch dann gesprächsbereit, wenn es in Gunzenhausen keinen Beschäftigungsaufbau geben wird. Das Unternehmen hat über mehrere Wochen den Vorschlag der IG Metall geprüft. Jetzt hat der Werkleiter die Position der Konzernzentrale übermittelt. „INA könne den vorgeschlagenen Weg der IG Metall nicht akzeptieren.“

Wir meinen: Ein Management, dessen Planungshorizont sechs Monate nicht überschreitet und das, weil es gerade gut läuft, Verhandlungen über eine sichere nachhaltige Zukunft des Standortes und der Arbeitsplätze verweigert, handelt fahrlässig als Unternehmer und ohne jedes Verantwortungsgefühl für die Arbeitnehmer.

Wir erwarten von der Schaeffler KG, dass endlich die Voraussetzungen für konstruktive Gespräche für die Zukunft des Standorts Gunzenhausen geschaffen werden.

Wir fordern für den Standort Gunzenhausen: Ein Zukunftskonzept, langfristige Perspektiven für die Arbeitsplätze und die Wiederaufnahme der Berufsausbildung.



Warnstreik in Gunzenhausen im Mai dieses Jahres



Skandal Leiharbeit: miese Ausbeutung

Beispiel Schaeffler Luckenwalde: trotz Vollzeitarbeit Sozialhilfe

Zeit- und Leiharbeit soll eigentlich Auslastungsspitzen abfedern. Das ist in der Praxis ganz anders: Teilweise zwischen 10% – 30%, in manchen Betrieben sogar 60% aller Beschäftigten sind Leiharbeiter. Das bedeutet: Zeit- und Leiharbeit ersetzt



Auf der Betriebsversammlung vom 10. Juli 2007 in Schweinfurt haben sich die Jugend- und Auszubildendenvertretung und mehrere Auszubildende bei der Belegschaft für den Arbeitnehmerbeitrag für zehn zusätzliche Ausbildungsplätze bedankt.

längst Stammpersonal – und zwar dauerhaft. Viele Leiharbeiter arbeiten seit Jahren im gleichen Betrieb, am selben Arbeitsplatz. Der Unternehmer-Traum vom flexiblen, atmenden Unternehmen ist zum Alptraum für die Beschäftigten und besonders für die Leiharbeiter geworden. Denn das Unternehmen kann Leiharbeiter jederzeit los werden.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Die Bezahlung vieler LeiharbeiterInnen ist ein gesellschaftlicher Skandal. Bei Schaeffler in Luckenwalde oder in Gunzenhausen bekommen Leiharbeiter Stundenlöhne unter 7 Euro. Davon kann niemand leben, geschweige eine Familie ernähren. Offensichtlich spekuliert das Unternehmen gemeinsam mit den Verleihfirmen darauf, dass die Gesellschaft, also der Steuerzahler die Differenz zu Hartz IV und damit zum Existenzminimum ausgleicht.

Anders als in Österreich oder in den Niederlanden gibt es in Deutschland keine gesetzliche Verpflichtung, dass gleicher Lohn für gleiche Arbeit gezahlt wird, dass Stammpersonal und LeiharbeiterInnen für die gleiche Aufgabe das gleiche Geld bekommen. Damit hat der deutsche Gesetzgeber – unabsichtlich? – die Weichen für die Ausbeutung zu miesen Konditionen gestellt.

Deshalb geraten reguläre Arbeitsverhältnisse und tarifliche Beschäftigungsbedingungen unter Druck. Stammebelegschaften sind durch Leiharbeit erpressbar. Eigentlich sollte das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz über Leiharbeit den Einstieg in feste Arbeitsverhältnisse fördern. Praktisch ist das Gegenteil eingetreten. Das zeigt die Entwicklung der Arbeitsmarktzahlen: Leiharbeit explodiert, die Zahl der Leiharbeiter erreicht die Millionen-grenze. Dauer-Arbeitsplätze werden mit Leiharbeitern besetzt, reguläre Arbeitsverhältnisse werden umgewandelt. Unbefristete Neueinstellungen sind inzwischen die Ausnahme.

Die Betriebsräte der Schaeffler KG und anderer Entleihfirmen haben rechtlich wenig Handhabe, was die Bezahlung der Leiharbeiter angeht. Aber sie können z.B. eine Personalplanung verlangen, in der Leiharbeit wirklich nur Auslastungsspitzen abfedert.

Leiharbeit gesetzlich regulieren!

- Begrenzung der Arbeitnehmerüberlassung auf ein Jahr
- Bei längerer Dauer Umwandlung in unbefristete Arbeitsverhältnisse
- Gleiche Tarif- und Arbeitsbedingungen für Leiharbeiter und Stammebelegschaft.
- Vetorecht für Betriebsräte bei der Umwandlung von normalen in Leiharbeitsplätze.

Die IG Metall Dresden hat beim Deutschen Bundestag eine Petition mit diesen Forderungen eingebracht. Die Petition beim Deutschen Bundestag kann man noch bis zum 6. August online unterzeichnen:

http://itc.napier.ac.uk/e-petition/bundestag/view_petition.asp?PetitionID=464



Beitrittserklärung

Ich trete der IG Metall bei, weil ich für faire Beschäftigung nach tariflichen Bedingungen und gegen Leiharbeit als Instrument für Lohn-Dumping bin.

Name _____ Vorname _____ Geburtsdatum _____

Straße, Hausnummer _____ Postleitzahl, Wohnort _____

Betrieb/Abteilung _____ Standort _____ monatl. Brutto _____

Kontonummer _____ Bankleitzahl _____ Kreditinstitut _____

Hiermit ermächtige ich widerruflich die IG Metall, den von mir nach § 5 der Satzung zu entrichtenden Mitgliedsbeitrag von 1% des monatlichen Bruttoverdienstes bei Fälligkeit einzuziehen. Ich bin darüber informiert, dass die IG Metall zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben personenbezogene Angaben über mich automatisiert verarbeitet. Diese Ermächtigung kann schriftlich mit einer Frist von 6 Wochen zum Quartalsende bei der zuständigen IG Metall-Verwaltungsstelle rückgängig gemacht werden.

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

Bitte per Fax an 089 / 53 29 49-38 oder Online-Beitritt unter www.igmetall.de

V.i.S.d.P.: _____
W. Neugebauer • IG Metall Bayern • Elisenstraße 3a • 80335 München
Kontakt: inge.poljak@igmetall.de • Gestaltung: H. Reimer